

Hat das Dorf noch Chancen?

Erwin Zillenbiller

Wenn wir heute das Thema «Hat das Dorf noch Chancen» miteinander überdenken, sind die engen Verflechtungen mit der Gegenwart und Zukunft des ländlichen Raumes zu beachten. Es stellt sich auch die ernsthafte Frage: Kann heute überhaupt noch vom Dorf gesprochen werden, oder sollte nur von Orten, Siedlungen oder Wohnplätzen die Rede sein? Vielfältig sind in unserem Lande Baden-Württemberg die Landschaften, zahlreich die großen und kleinen Städte, Dörfer und Weiler, unterschiedlich die Strukturen der Wirtschaft.

Das Thema soll in drei Bereiche gegliedert werden:

1. Unterschiedliche Landschaften, Einkommen und Strukturen,
2. Entwicklungsprobleme der ländlichen Räume, und
3. Haben unsere Dörfer noch Chancen.

Dabei können jeweils nur Teilprobleme herausgegriffen werden. Die städtischen und ländlichen Gebiete stehen zudem in einem engen Verbund und bedürfen deshalb der gesamtheitlichen Betrachtung.

1. Unterschiedliche Landschaften, Einkommen und Strukturen

Die unterschiedlichen Landschaften lassen sich aus ökologischer, landschaftlicher, wirtschaftlicher und landesplanerischer Sicht einteilen in die Verdichtungsräume, die Randzonen der Verdichtungsräume und die ländlichen Räume. Dabei müssen wir die ländlichen Räume in Teilgebiete untergliedern. Wir finden dort Verdichtungsgebiete, d. h. Landschaften mit einer höheren Bevölkerungsdichte, strukturschwache Zonen und ausgeprägte Erholungslandschaften. Es ist deshalb nicht möglich, grundsätzlich nur von ländlichen Räumen auszugehen, vielmehr sind Differenzierungen vorzunehmen. Weiterhin erfordert eine objektive Betrachtung den Vergleich mit den wirtschaftsstarken Regionen des Landes, um urteilen zu können.

Das ökologische Gleichgewicht unserer Landschaften wird am empfindlichsten durch Nutzungsänderungen von Flächen beeinflusst. Gradmesser hierfür ist z. B. der Verlust an landwirtschaftlicher Nutzfläche. Seit 1960 wurden pro Jahr 13 000 ha, somit ins-

gesamt 187 000 ha für andere Nutzungen benötigt. Das entspricht der Flächengröße von vier Landkreisen früherer Ausdehnung. Der Flächenverlust ist in den Verdichtungsräumen besonders hoch. In Baden-Württemberg besteht ein sehr enges Verhältnis zwischen der Bodengüte und der Bevölkerungsdichte, d. h. je besser die Böden sind, desto mehr Menschen wohnen auf solchen Flächen. Auf den schlechten agrarischen Produktionsstandorten wohnen derzeit knapp 60–70 Personen je qkm, auf den hervorragenden, ertragreichen Böden vor allem in den Verdichtungsräumen wohnen über 1160 Personen. Die Folgen sind überall deutlich sichtbar. Ausufernde, beinahe zusammenwachsende Siedlungen verschlingen den dringend benötigten Freiraum zwischen den Städten. Gute Böden stellen jedoch ein nicht vermehrbares und nicht ersetzbares Volksvermögen dar, auf dem unsere Ernährungssicherung basiert. Andererseits nehmen in den ländlichen Räumen, den Mittelgebirgslandschaften, die Böden zu, die ökonomisch für den Landwirt als Bewirtschafter einen zu geringen Ertrag bringen und damit wirtschaftlich uninteressant werden. Dort können eher andere Flächennutzungen verkräftet werden.

Das Land hatte am 1. 1. 1974 = 9 239 376 Einwohner. Es befindet sich damit nach der Einwohnerzahl an dritter Stelle im Bundesgebiet und an vierter Stelle nach der Flächengröße. Allerdings verteilt sich die Bevölkerung des Landes sehr ungleich. Auf 7% der Landesfläche wohnen bereits 37% der Einwohner. Wird die Abgrenzung der Verdichtungsräume etwas großzügiger gehandhabt, entfallen sogar 42% der Bevölkerung auf diese Räume. Wenn wir weiterhin feststellen, daß die Bevölkerungsdichte im Durchschnitt für die ländlichen Räume 105 Personen und in den Verdichtungsräumen über 500 je qkm beträgt, so zeigt sich dieses Verhältnis in den Einkommen der Bevölkerung entsprechend. Die Einkommen werden ebenfalls stark von der Zahl der Industriebeschäftigten beeinflusst, die in den Verdichtungsräumen bei 222 und in den ländlichen Räumen bei 172 Beschäftigten je 1000 Einwohner liegt. Daraus ergibt sich, daß die Lohn- und Gehaltssummen im Durchschnitt in den ländlichen Räumen fast 2600 DM niedriger sind als in den

Verdichtungsräumen. Dieser Einkommensunterschied, das vielfältige Arbeitsplatzangebot und die höherwertigen Infrastruktureinrichtungen verstärken die Sogwirkung der Verdichtungsräume.

Obwohl die Zahl der Bevölkerung von 1961 bis 1970 in den Verdichtungsräumen um 15,4% und in den ländlichen Räumen immerhin um 12,8% zunahm, würden wir einer gravierenden Fehleinschätzung unterliegen, wenn nicht gleichzeitig absolute Zahlen genannt würden. Am deutlichsten wird dies bei der Bevölkerungszunahme je qkm. In den Verdichtungsräumen nahm zwischen 1961 und 1970 die Bevölkerung um 143 Einwohner je qkm und in den ländlichen Räumen nur um 12 Einwohner je qkm zu. Damit hat sich trotz der prozentual ziemlich nahe liegenden Bevölkerungszunahme die tatsächliche Differenz weiter vergrößert, d. h. die Abwanderung in die Verdichtungsräume hat angehalten.

Aus dem bisher Gesagten ergibt sich eindeutig die Forderung, daß die Entwicklung im Sinne der Stärkung der ländlichen Räume ein ernsthaftes Anliegen ist und bleiben muß. Schon jetzt werden in den Verdichtungsräumen beinahe ein Viertel aller Flächen für den Verkehr und die Siedlungen beansprucht; in den ländlichen Räumen sind es 6% der Fläche. Vor allem haben die Randzonen der Verdichtungsräume durch ihre Standortgunst eine starke Veränderung erfahren. Sie hatten insgesamt den höchsten Bevölkerungszuwachs.

Vor diesem Hintergrund können echte Chancen für die Entwicklung der ländlichen Räume nur gesehen werden, wenn es gelingt, entscheidende Entwicklungsimpulse umzulenken.

2. Entwicklungsprobleme der ländlichen Räume

Wie bereits festgestellt wurde, erscheint eine Stärkung der ländlichen Räume gegenüber dem Sog der Verdichtungsräume heute nötiger denn je. Bis vor wenigen Jahren konnte der ländliche Raum einen beträchtlichen Teil des Geburtenüberschusses abgeben, ohne daß sich gleichzeitig die Einwohnerzahl verringerte. In der Zwischenzeit wurde der Geburtenüberschuß auch in den ländlichen Räumen sehr klein. Mancherorts ist kein Geburtenüberschuß – zumindest bei der deutschen Bevölkerung – festzustellen. Die weitere Abwanderung führt deshalb in den nächsten Jahren zu echten Substanzverlusten. Dabei wird es u. U. nicht bleiben. Die heute schon erkennbaren Auswirkungen der sogenannten Bildungswelle lassen vermuten, daß Personen mit qualifizierter Berufsausbildung eher die ländlichen Räume verlassen. Geburtenrückgang und Abwanderung von arbeitssuchenden

Personen gefährden die Auslastung zentraler örtlicher Infrastruktureinrichtungen und verunsichern auch Planungsvorhaben in diesem Bereich. Gerade solche attraktiven zentralen Einrichtungen üben aber bekanntermaßen auf die Standorttreue der jüngeren Generation einen besonderen Einfluß aus.

Was ist nun zu tun?

Diese Frage wird uns noch lange beschäftigen. Die Hilfen sind vorrangig in den strukturschwachen Gebieten des Landes anzusetzen. Sie abzugrenzen, erfordert Kriterien, die Kennzeichen für die Strukturschwäche sind und eine räumliche Beurteilung zulassen. Hierbei können die neuen größeren Landkreise nur noch bedingt angehalten und als Bezugsgröße verwendet werden. Wirtschaftlich unterschiedliche Teilräume nivellieren die Aussage. Günstiger dürfte sein, die Verflechtungsbereiche der mittleren Stufe als sozio-ökonomische Einheiten heranzuziehen. Als Merkmale für die Strukturschwäche eines Gebietes bieten sich heute folgende Kriterien an:

Einkommensniveau (Lohn- und Gehaltssummen je Arbeitnehmer)

Arbeitsplatzdefizit (Besatz an nicht landwirtschaftlichen Arbeitsplätzen und seine Entwicklungstendenzen)

Bruttoinlandsprodukt (Indikator für wirtschaftliche Leistungsfähigkeit)

Versorgungsdefizit (Mängel in der Infrastrukturausstattung)

hilfsweise Realsteuerkraft (eigene Leistungskraft der Gemeinden)

Bevölkerungsentwicklung – Wanderungssaldo (Attraktivität der Wirtschafts-, Arbeits- und sonstigen Lebensbedingungen).

Mit solchen Abgrenzungskriterien werden wir in Baden-Württemberg einen Schritt weiterkommen. Die bisherigen Förderungsgebiete Hohenlohe – Odenwald, Südlicher Oberrhein – Hochschwarzwald, und Alb – Oberschwaben – Bodensee sollen zusammen mit dem Bund neu abgegrenzt werden. Bereits jetzt schon zeigt es sich, daß die Vorstellungen des Landes beim Bund überzeugen. Es ist damit zu rechnen, daß die bewährte Förderung zur Schaffung von Arbeitsplätzen in den strukturschwachen Gebieten als Gemeinschaftsaufgabe weitergeführt werden kann. Ziel des Landes ist eine gewisse Ausweitung in die Räume Ellwangen, Heidenheim, Gaildorf, Ehingen, Donaueschingen und Waldshut.

Zu einem großen Teil decken sich die wirtschaftlichen und agrarischen Problemgebiete. Allerdings sind es bei den agrarischen Problemgebieten ergänzende Merkmale wie z. B.:

- Klimagunst, Vegetationsdauer, Bodengüte;
- Hanglagen, Grünlandanteil;
- Betriebsstruktur u. a. m.

Für die agrarischen Problemgebiete aus landesplanerischer Sicht lassen sich zwei Kategorien unterscheiden:

Kategorie I Erholungsgebiete, in denen die Landbewirtschaftung aufgrund ungünstiger natürlicher Erzeugungsverhältnisse und/oder infolge der agrarstrukturellen Entwicklung in einem Maße eingeschränkt ist oder wird, daß die Erholungsfunktion der Landschaft gefährdet ist oder gefährdet werden kann.

Kategorie II Gebiete, in denen der agrarstrukturelle Anpassungsprozeß erhebliche berufliche Umschichtungen in der Landwirtschaft erforderlich macht, in denen jedoch qualifizierte außerlandwirtschaftliche Einsatzmöglichkeiten noch nicht in ausreichendem Umfang vorhanden sind.

Solche Problemgebiete sind z. B. die Schwäbische Alb, der Schwarzwald, Odenwald und die schwäbischen Waldgebiete wie Mainhardter und Murrhardter Wald u. a. m. Das Albprogramm und das Schwarzwaldprogramm dienen u. a. dazu, die attraktiven Erholungslandschaften zu erhalten. Baden-Württemberg war mit dieser Art von regionalen Strukturprogrammen für das Bundesgebiet und weit darüber hinaus beispielgebend. Nicht zuletzt auf der Grundlage dieser Programme haben sich der Bund und die Europäischen Gemeinschaften dazu entschlossen, die Berggebiete finanziell zu unterstützen. Darauf dürfen wir mit Recht stolz sein. Das kann als Beweis für die richtig erkannte regional-spezifische Entwicklungspolitik des Landes gewertet werden.

Die Verklammerung mit der Wirtschaftsförderung über die Aktionsprogramme in der Gemeinschaftsaufgabe Bund/Land soll dazu beitragen, die nicht mit außerlandwirtschaftlichen Arbeitsplätzen ausreichend versorgten Mittelbereiche im Odenwald, Hohenlohe, Teile des Schwarzwalds und der Schwäbischen Alb sowie Oberschwaben zu stärken. Zu den besonderen Problemen in den ländlichen Räumen zählt die Verkehrserschließung. Hier soll lediglich das weitverzweigte Eisenbahnnetz angesprochen werden. Es ist ein wichtiger Faktor der Standortgunst. Der Netzzusammenhang darf nicht durch zu weitgehende Strecken-Stillegungen unterbrochen werden. Trotz der Beförderungspflicht

besteht die Absicht, im Bundesgebiet auf längere Sicht ein Drittel des Eisenbahnnetzes abzubauen. Bedenklich wird auch die Lage, wenn in Baden-Württemberg noch weitere Stückgutabfertigungen geschlossen werden. Wir benötigen die Stückgutabfertigung mindestens in allen 78 Mittelbereichen und in den Schwerpunkttorten der strukturschwachen Gebiete.

3. Haben unsere Dörfer noch Chancen?

Die Bevölkerung des Landes Baden-Württemberg wohnt in über 18 000 Siedlungseinheiten. Sie reichen vom Einzelgehöft über zahlreiche Dörfer bis hin zu den großen Städten in den Verdichtungsräumen. Alle haben ihre spezifischen Funktionen zu erfüllen. In diesen Siedlungsformen wohnen Menschen, deren Gesellschaftsstrukturen und Wertvorstellungen sich mehr und mehr annähern, die aber für die heutigen Erfordernisse des Lebens unterschiedliche Voraussetzungen vorfinden und Erlebniswerte mit verschieden geprägtem Inhalt haben. Entscheidungen über Verbleiben oder Wegzug hängen von der voraussichtlichen Erfüllung bestimmter Wunschvorstellungen ab. Früher gab es das Schlagwort «Stadtluft macht frei». Stimmt das heute noch?

Derzeit wohnt die Bevölkerung des Landes in 13 Oberzentren, 78 Mittelzentren, 80 Unterzentren und 288 Kleinzentren sowie in 648 sonstigen Gemeinden, die nach der Verwaltungsreform selbstständig geblieben sind. Über 70 % der Landesoberfläche zählt zu den ländlichen Räumen, in die über 8500 Siedlungseinheiten als Dörfer von 50 bis 1000 Einwohner eingebettet sind. Es gilt nun die Vorteile der Kommunalreform zu nutzen und den Dörfern innerhalb eines Verflechtungsbereiches mit dem zentralen Ort die Funktionen zuzuweisen, die sie am besten erfüllen können. Hierbei darf nicht übersehen werden, daß in den Dörfern unter 2000 Einwohnern etwa zwei Fünftel der Wohngebäude vor 1870 errichtet worden sind, während in den Großstädten nur noch 7 % der Wohngebäude dieses Alter aufweisen. Daraus leitet sich ab, daß die Dorfsanierung so wichtig ist wie die Stadtsanierung. Die dörfliche Bevölkerung stellt sich deshalb und aus wirtschaftlichen Gründen die Frage nach der Zukunft ihres Dorfes. Empfehlungen und Orientierungshilfen sind dringend geboten. Andernfalls besteht bei den dort lebenden Menschen die Gefahr der Resignation. Die dörfliche Bevölkerung weiß sehr wohl um die Vorteile der gewonnenen Verwaltungskraft, sieht und empfindet allerdings zunächst den Verlust an Institutionen.

Meinungsumfragen bestätigen die hohe Nachfrage nach individuellem Wohnen, dem mitmenschlichen Sozialraum und der Naturverbundenheit bis zur Betätigung im Garten.

Solche Wünsche werden in der Regel nur in den ländlichen Räumen und damit in den Dörfern erfüllbar sein. Erinnert sei auch an die Eigentumsbildung, die im Dorf durch Nachbarschafts- und Verwandtenhilfe, günstige Bauplatzpreise u. a. m. für viele möglich war, die sonst die Chancen nicht gehabt hätten. Der mitmenschliche Sozialraum im Verhältnis der Generationen zueinander, die Altenpflege und Jugendarbeit hat wesentliches Gewicht. Es sind Werte, die in den vergangenen Jahrzehnten vernachlässigt wurden, in den kommenden Jahren aber mit Sicherheit wieder entdeckt werden. In den Erholungslandschaften werden die Dörfer als Siedlungsgerüst Sonderaufgaben insbesondere im Dienstleistungsbereich verstärkt wahrnehmen.

Als Funktionen für die Dörfer in den Verflechtungsbereichen können die Agrarfunktion, die Wohn- und die Erholungsfunktion u. a. in vielfältigen Mischformen gegeben sein. Bei der dörflichen Entwicklung ist zu fragen: Liegt das Dorf in unmittelbarer Nähe des zentralen Ortes, wie ist seine landschaftliche Umgebung, die Verkehrserschließung, liegt es in einem strukturschwachen Gebiet? In jedem Fall darf davon ausgegangen werden, daß die Bewohner des Dorfes Pendelentfernungen zum Arbeitsplatz bis zu einer halben Stunde Wegzeit gerne hinnehmen.

Die milieubestimmende Bedeutung von historischer und denkmalpflegerischer Bausubstanz ist besonders zu beachten. Im Dorf sind deshalb die entscheidenden Akzente für das architektonische Erscheinungsbild zu erhalten. Z. B.

Wertvolle Dorfstrukturen, die architektur-historisch auf die Gründungszeit zurückgehen, sollten im Grundmuster erhalten bleiben –

Dorfbildprägende Häuserfronten sind als Ganzes zu betrachten –

Regional wertvolle Bautypen sollen pfleglich renoviert werden –

Bei der baulichen Entwicklung ist auf eine Konzen-

tration in der Dorfmitte zu achten, um der Verdichtung entgegenzuwirken –

Neue Gebäude können neben der vorsichtigen Schließung von Baulücken auch am Ortsrand errichtet werden; das Landschaftsbild setzt jedoch die Grenzen der Ortsabrundung –

Neue Aufgaben sind für ehemalige landwirtschaftliche Gebäude zu finden.

Im agrarischen Bereich geht es vor allem um die Entwicklung von Betriebs- und Unternehmensformen, die einen rationellen Einsatz der Produktionsfaktoren Arbeit, Boden und Kapital in der Landwirtschaft ermöglichen. Die Standorte der Betriebe oder von Wirtschaftsgebäuden sind sorgfältig zu prüfen.

Die Dorfbevölkerung hat große Aufgaben zu bewältigen, wobei die Ortschaftsräte zusammen mit den Vereinen, den Kirchen und der ganzen Bevölkerung aktiv beteiligt werden müssen. Nicht teure Investitionen werden in den amtlichen Gremien zu beschließen sein, sondern die vielen kleinen Schritte, die aber schließlich das Dorf als Lebensraum so wertvoll machen. Es gilt den «Dorfkomplex» bei manchen Bewohnergruppen abzubauen, der sich abzeichnenden Resignation entgegenzutreten und den Stolz auf das eigene Dorf als Heimat zu wecken oder zu stärken. Dazu bedarf es allerdings der Hilfe des Staates, die dort am wenigsten versagt wird, wo der Wille zur Selbsthilfe deutlich erkennbar ist. Gerade weil die finanziellen Möglichkeiten in den öffentlichen und privaten Haushalten beschränkt sind, gilt es um so mehr, sich vielfältige Gedanken über das Dorf und seine Chancen zu machen.

Unter dem Motto: schönes Dorf – schöne Heimat – kann am wirkungsvollsten der Auszehrung der Dörfer begegnet werden. Mancher Leser wird den Eindruck gewinnen, daß hier das Bild des Dorfes zu optimistisch dargestellt werde. Hierzu sei mir die kleine Bemerkung gestattet, daß Pessimismus nicht weiter hilft. Im übrigen wird schon viel gewonnen sein, wenn eine echte Besinnung auf die Werte des Dorfes wieder bei uns Einzug hält.

Das Dorf hat in Jahrhunderten sich als Siedlungsform bewährt und wird sich weiter behaupten. Nur darf es nicht allein gelassen werden.

Aus einem Vortrag im Süddeutschen Rundfunk